

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 14

Gründungsbeitrag  
Bezugspreis vierteljährlich 1,30 Mk. Nur Postbest.  
Zustellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 27. März 1932

Geschäftsstelle: Berlin O 2, Neuer Markt 8—12 IV  
Fernruf: Berlin 52, Kupfergraben 1129  
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

48. Jahrgang

## Gesunde Opferwilligkeit!

Die Arbeit unserer Gewerkschaften vollzieht sich auf dem rauen Boden der harten Tatsachen. Entsprechend ihren sachungsmäßigen Aufgaben haben sie gegen alles anzukämpfen, was sich der gesunden Entwicklung der Lebenshaltung ihrer Mitglieder hindernd oder herabdrückend in den Weg stellt. Unsere Gewerkschaften sind darum die gewissenhaften Wächter über die Bestimmungen, die zur Erhaltung und Steigerung der Arbeitskraft im Zeitalter der privattkapitalistischen Profitwirtschaft notwendig geworden sind. Durch seinen Beitritt zur Gewerkschaft verlangt der einzelne Kollege, die einzelne Kollegen als für sich verbindlich, die die Allgemeinheit der Verbandsmitglieder als für alle gleichmäßig geltend festgelegt hat. Diese Anerkennung erfolgt in dem Bewußtsein, daß den Pflichten auch Rechte gegenüberstehen, die gegebenenfalls mit der gleichen Selbstverständlichkeit in Anspruch genommen werden können.

Das Recht des Mitgliedes an den Verband ist in den Verbandsstatuten klar umrissen. Es hat Anspruch darauf, daß ihm bei den Verdrießlichkeiten des täglichen Berufslebens vom Verband Rat und Hilfe wird und daß ihm dieser bei der Vertretung seiner Interessen zur Seite steht. Bei dem technischen Hochstand unseres Berufes in seiner Vielgestaltigkeit und bei dem Streben der Unternehmer nach äußerster Verdrückung der Arbeitskräfte treten solche Verdrießlichkeiten tagtäglich auf. Diesen gegenüber würde der einzelne als wirtschaftlich schwächster Teil im Arbeitsprozeß schutzlos gegenüberstehen, wenn nicht der Verband durch seine Arbeit auf dem Gebiete der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, also durch seine Arbeitsvertragspolitik, Richtlinien grundsätzlicher Art geschaffen hätte, die ihn vor Benachteiligungen infolge seiner wirtschaftlichen Schwäche schützen würden. Eine einfache Ueberlegung muß dabei zu der Ueberzeugung kommen, daß die in dieser Richtung liegende Tätigkeit des Verbandes um so vollkommener sein muß, je geschlossener die Berufsangehörigen zu ihm stehen.

Neben dem Recht des Mitgliedes auf Rat und Hilfe in beruflichen und arbeitsrechtlichen Streitigkeiten steht ihm das Recht der Benutzung der charitativen Einrichtungen des Verbandes zu. In früheren Jahren waren die Unterstützungseinrichtungen unserer Gewerkschaften oft gering umritten. Mancher lebte in der Anschauung, daß durch sie die gewerkschaftliche Zweckbestimmung verwässert und die Verbände in ihrem Kampf gegen das

Privattkapital gehemmt würden. Wenn je etwas imstande gewesen ist, einen Wandel der Meinungen auf diesem Gebiet herbeizuführen, dann gewiß die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre mit ihren Notständen für Millionen im Gefolge. Ohne dem eigentlichen Aufgabenkreis der Gewerkschaften irgendeine Abbruch getan zu haben, sind die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften heute von jedermann als absolut notwendig und unentbehrlich anerkannt. Ihre segensreiche, notmildernde Wirkung in den letzten schweren Krisenjahren ist denn auch gar zu offensichtlich, so daß nur Phantasten und Ignoranten ihre Berechtigung heute noch bestreiten könnten. Wer die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes in Anspruch nehmen mußte — es werden nur wenige sein, die das Glück hatten, das nicht tun zu brauchen — der weiß sie für alle Zeiten zu schätzen.

Alle Rechte der einzelnen Mitglieder des Verbandes an diesen und seine Einrichtungen sind jedoch zu sichern nur möglich gewesen dadurch, daß unsere Mitglieder auch ihrer Pflicht der Allgemeinheit gegenüber zu jeder Zeit nachgekommen sind. Und alle diese Rechte sind in ihren Grundzügen nur aufrechtzuerhalten, wenn diese Pflicht auch in der Folgezeit treu und redlich erfüllt wird. Der Umfang der Rechte hängt ab von der Größe der Pflicht, die das einzelne Mitglied auf sich zu nehmen und durchzuhalten bereit ist. Hierbei spielt die Ueberzeugung des einzelnen die ausschlaggebende Rolle und der Glaube an die Richtigkeit und endliche Sieghaftigkeit der gewerkschaftlichen Idee. Eine unwandelbare Treue zum Verband ist darum die erste Voraussetzung für das erfolgreiche gewerkschaftliche Arbeiten. Die Geschlossenheit der Verbandsmitglieder und ihr inniges Zusammenhalten besonders in der heutigen schweren Notzeit ist die beste Garantie für das zweckbewusste Arbeiten des Verbandes. Dem Ansturm der Unternehmer auf die Arbeitsbedingungen, auf die sozialen Einrichtungen, auf alle vorhandenen Vergünstigungen der Arbeiterschaft kann nur begegnet werden, wenn in deren Kreise der feste Wille zur unverbrüchlichen Treue zum Verband weiterhin vorherrschend bleibt.

Dieser feste Wille hat heute starke Schwierigkeiten zu überwinden, denn er muß ja seinen Ausdruck finden in materiellen Opfern, die der einzelne zu bringen hat. Die Tätigkeit des Verbandes zum Schutze der Arbeitskraft und zur Milderung der durch die furchtbaren wirtschaftlichen Zustände der heutigen Zeit hervorgerufenen Not erfordern den Aufwand erheblicher Geldmittel, die dem Verband nur

aus den Beiträgen der Mitglieder zufließen können. Art und Umfang der Arbeit des Verbandes wird mitbestimmt von der materiellen Kraft, die ihm innewohnt und die ihm die Mitglieder zu geben bereit sind. Das erfordert Opfer von diesen, die in der Zeit des völligen wirtschaftlichen Zusammenbruchs doppelt schwer wiegen. Doch die Not der Zeit schweißt die Notleidenden fester zusammen und weckt in jedem das Mitgefühl für den Nächsten in der bangen Erwartung, selbst morgen schon zu denen gehören zu müssen, die Anspruch auf die solidarische Hilfe erheben. So ist auch die Haltung der übergroßen Mehrheit unserer Kollegenschaft zu bewerten, die ihre Opferwilligkeit dem Verband und durch diesen den hilfsbedürftigen Mitgliedern desselben gegenüber in den umfangreichen Aussprachen in unsern Mitgliederversammlungen Ausdruck geben und die in dem Willen gipfelt, dem Ruf nach Herabsetzung unserer Beiträge nicht zu folgen. Damit ist für den Verbandstag eine außerordentlich wertvolle Vorarbeit geleistet und ihm eine Richtlinie gegeben worden, die für seine Beschlüsse nicht unbeachtlich sein wird.

Dies festhalten zu können ist heute um so erfreulicher, als damit zugleich die Hoffnung weiter Unternehmertreue zuzuwenden wird, die als Folge des wirtschaftlichen Zusammenbruchs einen Zusammenbruch der Gewerkschaften erhofften. Sie selbst können sich ja gegebenenfalls auf die Hilfe des Staates stützen, der der korrupten Privatwirtschaft mit Millionen und Milliarden hilfreich unter die Arme greift in der Gewißheit, hiervon nur den kleinsten Teil wieder zurückzuerhalten, der jedoch unter völliger Vertennung der volkserhaltenden und volkswirtschaftlichen unermesslich großen und unschätzbaren Arbeit der Wirtschaftsorganisationen der Arbeiterschaft, an deren Spitze die Gewerkschaften stehen, keinen Finger rühren würde, wenn deren von so vielen Unternehmern herbeigesehnter Zusammenbruch einträte. Der auf besserer Solidarität beruhende gesunde Sinn unserer Mitglieder macht diese Unternehmehoffnungen zuzuwenden.

## Der außerordentliche Gewerkschaftstongreß verschoben!

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat den zum 23. März nach Berlin einberufenen außerordentlichen Gewerkschaftstongreß mit Rücksicht auf den inzwischen verordneten Burgfrieden auf einen späteren Termin verlegt.

In Anbetracht der Bedeutung und Dringlichkeit der Tagesordnung dieses Kongresses, die als einziger Punkt die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung umfasst, mußte Wert darauf gelegt werden, daß die Verhandlungen über diese vordringlichste Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik nicht durch Zwangsvorschriften des Burgfriedens behindert oder eingeschränkt werden. Der neue Termin des Kongresses wird noch bekanntgegeben.

## Was wird mit der Arbeiterversicherung?

Obwohl die Versicherungskörperschaften und noch weniger die Versicherten selbst die durch die letzte Notverordnung eingetretenen Veränderungen kaum recht verdaut haben und die Auswirkungen derselben auch kaum voll erkennbar sind, trägt man sich in Regierungskreisen schon wieder mit dem Gedanken einer neuen Notverordnung. Die finanziellen Verhältnisse in der Invalidenversicherung, die seit langem eine sehr unerfreuliche Entwicklung genommen haben, zwingen tatsächlich zu einschneidenden Maßnahmen. Doch ungeheuerlich wäre es, wenn man die ohnehin kärgliche Rente der Invalidenversicherung noch weiter kürzen wollte. Gewiß sind die Landesversicherungsanstalten zu einem guten Teil selbst schuld an den finanziellen Schwierigkeiten, weil sie nicht entsprechend der Lohnentwicklung einen weiteren Beitragsklassenaufbau vornahmen. Doch in der Hauptsache sind sie durch die Auswirkungen der Kriegsfolgen und den durch die Inflation eingetretenen Vermögensverlust in Schwierigkeiten geraten. Da der schon 1913 über zwei Milliarden Mark betragende Fonds der Invalidenversicherung in der Hauptsache in Staatspapieren, Krieganleihen und dergleichen angelegt wurde, war das Reich durch die Inflation der Hauptnutznießer dieses Vermögens. Daraus ergibt sich für die Landesversicherungsanstalten die berechtigte Forderung an das Reich, daß es ihnen mit einigen hundert Millionen Mark wieder auf die Beine hilft und ihnen gleichzeitig die Doppelrentenlast der Kriegsbeschädigten und deren Hinterbliebenen abnimmt. Kann und will man dies nicht, dann müßte die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte gezwungen werden, aus ihrem etwa zwei Milliarden Mark betragenden Vermögen die Sanierung durchzuführen. Am besten wäre es, die Reichsversicherungsanstalt mit den Landesversicherungsanstalten zu verschmelzen, eine Forderung, die die Gewerkschaften bereits bei der Beratung des Gesetzes nachdrücklich erhoben haben. Alle diese Möglichkeiten verdienen eine ernsthafte Beachtung. Doch ein Unding ist es, an eine weitere Rentenkürzung auch nur zu denken.

In der Unfallversicherung scheint man einen mehr organisatorischen Umbau im Zuge zu haben. Zweifellos hat die technische Entwicklung so manche Berufsgenossenschaft überflüssig gemacht. Wir erinnern nur an die drei für unsere Berufsangehörigen zuständigen Papiermacher-, Papierverarbeitungs- und Buchdrucker-Berufsgenossenschaften, die sehr wohl zu einer Genossenschaft verschmolzen werden könnten. Was aber ganz besonders notwendig erscheint, ist die Einbeziehung aller Betriebe und aller Beschäftigten in den Aufgabenteil der Unfallversicherung. Diese Forderung ist gerade für unsere Berufsangehörigen von besonderem Wert. Denn nur ein Zehntel der Betriebe des Buchbindergewerbes sind versicherungspflichtig, während die Kollegenschaft in den übrigen 90 Proz. der Betriebe vollkommen schutzlos gegen Betriebsunfälle ist, weil weniger als je zehn Beschäftigte in diesen Betrieben tätig sind und sie daher der Versicherungspflicht nicht unterliegen. Daneben wäre es aber auch endlich an der Zeit, daß man sowohl beim Umbau der Berufsgenossenschaften als auch der Landesversicherungsanstalten daran denkt, den Millionen der Versicherten den Einfluß zu sichern, den sie im Interesse des Allgemeinwohls dringend zu verlangen haben.

Mit aller Schärfe müssen wir uns gegen das Treiben der Unternehmer wenden, die Rente bis zu 30 Proz. ganz in Wegfall bringen zu wollen. Durch die letzte Notverordnung vom 8. Dezember sind bereits 400 000 Renteneempfänger die Renten entzogen worden. Wenn man weiß, wieviel Erbitterung und Not man dadurch hervorgerufen hat, dann ist es geradezu unerhört, daß das Unternehmertum sich erkühnt, noch immer weitere Forderungen zu stellen. Denn darüber wird man sich wohl auch in dessen Kreisen klar sein, daß man damit wohl eine Entlastung der eigenen Schultern, aber zu gleicher Zeit auch eine noch größere Belastung der kommunalen Fürsorgestellen herbeiführt.

Die Beiträge für die Unfallversicherung waren schon immer außerordentlich niedrig. Hätten aber die Berufsgenossenschaften in den Jahrzehnten ihres Bestehens nicht in so überaus nachlässiger Weise die Bestimmungen über die Unfallverhütung gehandhabt, dann hätten sie sehr wohl Millionen an Renten und dergleichen ersparen können. Bedauern muß man, daß das Reichsversicherungsamt als Aufsichtsinstanz die Berufsgenossenschaften nicht schärfer an diese Verpflichtung erinnert und zu ihrer Beachtung angehalten hat. Da hierin auch in Zukunft kaum eine Besserung zu erwarten ist, müssen den Gewerbeaufsichtsinstanzen mehr Rechte hierfür eingeräumt werden.

Was in der Krankenversicherung geplant wird, ist noch nicht klar erkennlich. Die Krankentassen sind allesamt — ebenso wie die Landesversicherungsanstalten — durch die ungeheure Krise in außerordentliche Bedrängnis gekommen. Auch sie sind in starkem Maße durch die Kriegsbeschädigtenfürsorge belastet, die jedoch eigentlich dem Reich zufallen müßte.

In noch höherem Maße sind die Krankentassen durch die den Berufsgenossenschaften zustehenden Fürsorgemaßnahmen belastet. Im Jahre 1929 hatten wir 167 000 Unfallverletzte, darunter 9000 tödlich Verunglückte Das zeigt, welche gewaltige Belastung den Krankentassen aus den Betriebsunfällen erwachsen. Auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes sind die Berufsgenossenschaften sowohl zum Heilverfahren wie zur Rentengewährung verpflichtet. Es wäre daher nicht mehr als recht und billig, wenn die Genossenschaften mehr als seither den Krankentassen Entschädigungen für die geleisteten Aufwendungen gewähren.

In bezug auf die geplante Umorganisation müssen wir mit allem Nachdruck verlangen, daß der Zerplitterung im Krankentassenwesen endlich ein Ziel gesetzt wird und nur noch Orts- und Landkrankentassen zugelassen werden. Besonders muß mit dem Unfug der Betriebs- und der Innungskrankentassen aufgeräumt werden. Auch die Ersatzkrankentassen scheinen uns in der heutigen Zeit überflüssig, nur müßte man beim Auflösen dieser Klassen deren nicht versicherungspflichtige Mitglieder den Ortskrankentassen überweisen, damit diese nicht ihre in Jahrzehnten erworbenen Rechte verlieren.

Auch in der Arbeitslosenversicherung denkt man an weitere Einsparungen, die besonders vom Finanzministerium energisch verlangt werden. Das klingt zwar ungeheuerlich und angesichts der bereits durchgeführten Verschlechterungen kaum glaubhaft, ist jedoch im Hinblick auf die ständig steigende Arbeitslosenziffer nicht unmöglich.

Die ganzen Schwierigkeiten in der Sozialversicherung hängen ja schließlich mit der großen Arbeitslosigkeit zusammen. Daher ist die Haupt-

forderung des Tages: Beschaffung von Arbeit! Solange sieben Millionen Arbeitslose dem Produktionsprozeß entzogen bleiben und die Kaufkraft der großen Masse immer tiefer herabgedrückt wird, werden die Versicherungskörperschaften ebenso wie die Arbeiterschaft in immer größere Not und Bedrängnis gebracht. Deshalb steht über allem die Forderung nach Arbeit!

### Paul Umbreit †

Mitten aus einem erfolgreichen Leben hat der Unbezwingler Tod wieder einen der bekanntesten und begabtesten Führer der deutschen Gewerkschaftsbewegung aus unserer Mitte abgerufen: Paul Umbreit, der leitende Redakteur des Zentralorgans der deutschen Gewerkschaften, der „Gewerkschafts-Zeitung“, ist am 21. März einem Herzschlag erlegen. Mit ihm ist einer der führenden Männer dahingegangen, dessen arbeitsreiches Leben nur den Interessen der Arbeiterschaft, den freien Gewerkschaften gewidmet war. Bald nach der Gründung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands übernahm Umbreit am 16. März 1900 die Schriftleitung des „Korrespondenzblattes der Generalkommission“, der er in vorbildlicher Weise 32 Jahre vorgestanden hat.

Neben der Gewerkschaftsbewegung galt Umbreits besondere Aufmerksamkeit der Sozialpolitik. Ueber beide Gebiete verbandt die Arbeiterschaft ihm eine Anzahl von Schriften bleibenden Wertes. Es galt daher als selbstverständlich, daß man gerade ihn auf den verschiedenen Gewerkschaftskongressen als Referenten für die aktuellen sozialpolitischen Themen nahm, und in der Nachkriegszeit ihn dann zum Vorsitzenden des Sozialpolitischen Ausschusses im Reichswirtschaftsrat wählte.

Umbreits arbeitsreichem Leben ist jetzt ein Ziel gesetzt. Wir aber werden in seinem Sinne unermüdet weiterarbeiten und dadurch sein Andenken am besten in Ehren halten.

### Tariffstreit im Buchdruck.

Der Mantelvertrag für das Buchdruckgewerbe ist durch die letzte Notverordnung bis zum 30. April verlängert worden. Verhandlungen zur Erneuerung dieses Vertrages hatten am 15. März begonnen, sie sind jedoch nach nur eineinhalbtägiger Dauer ergebnislos abgebrochen worden, da die Buchdruckereibesitzer mit ihren Anträgen das Maß des Erträglichkeit weit überschritten haben. Sie verlangen den Abbau fast aller tariflichen Bestimmungen in einem Umfang, daß tatsächlich eine vollständige „Erneuerung“ des Vertrages das Ergebnis sein müßte, bei der dann von den seitherigen Positionen fast nichts mehr übrigbleiben würde. Arbeitszeit, Ueberstunden, Lohn, Ortszuschläge, übertarifliche Bezahlung, Feiertagsbezahlung, Sonntagsarbeit, Ferien und Beurlaubungsentfädigung sind die Hauptangriffspunkte. Der größte Druck soll auf den Lohn ausgeübt werden, bei dem das im Buchdruck übliche Prinzip des Wochenlohnes durchbrochen werden soll. Die Zahl der bezahlten Feiertage und die Ferientage sollen erheblich gekürzt werden. Die besonderen Entschädigungen für Sonntagsarbeit sollen ebenfalls beseitigt werden, und den Beurlaubten will man die Entschädigung um fast 50 Proz. kürzen.

Diese Liste der Unternehmerforderungen läßt erkennen, daß im Buchdruck ein harter Kampf bevorsteht, der seine Auswirkungen auch auf unseren Beruf haben wird.

## INTERNATIONALES

Jubiläum des österreichischen Verbandsblattes.

Anfang März konnte die österreichische „Buchbinder-Zeitung“ auf ihr vierzigjähriges Bestehen zurücksehen. Aus diesem Anlaß erschien das Blatt in einer vorzüglich aufgemachten Jubiläumsausgabe, in der neben der Schilderung der Entwicklung der „Buchbinder-Zeitung“ — die bis vor vier Jahren den Titel „Einigkeit“ führte — die Führer der Internationalen Buchbinderbewegung und österreichische Gewerkschafter mit die Arbeit der „Buchbinder-Zeitung“ anerkennenden Aufsätzen zu Wort kamen. Die Redaktion der Zeitung selbst bringt die Entwicklungsgeschichte, Kollege Hochstrasser, unser internationaler Sekretär, schrieb über „Die wirtschaftliche Krise und die Internationale“, unser Kollege Hauelsen benannte seinen Aufsatz „Vierzig Jahre Verbandszeitung“ und der Vorsitzende des österreichischen Verbandes, Kollege Grünfeld, gab einen Einblick in „Vierzig Jahre unseres Verbandsblattes“. Außerdem trugen zur Ausgestaltung der Festnummer bei der Sekretär des Bundes der freien Gewerkschaften Oesterreichs, Genosse Schorsch, der Vorsitzende des Reichsvereins der österreichischen Buchdruckerei- und Zeitungsarbeiter, Genosse Weigelt, und einige Funktionäre des Verbandes aus Wien und der Provinz. Von besonderem Interesse für uns war eine Abhandlung der Wiener Kollegin Minna Krása über „Unser Fachblatt und wir Frauen“, in der die Bedeutung der Verbandszeitung für unsere österreichischen Kolleginnen dargestellt wurde.

Gleich vorzüglich nach Inhalt und Aufmerksamkeit ist unsere österreichische Verbandszeitung jederzeit die beste Vertreterin der Interessen unserer österreichischen Kollegen gewesen, sie hat mit guter Wirkung allezeit auch die internationalen Belange unseres Berufes vertreten. Tüchtige Menschen in Leitung und Führung haben sie zu einem bei Freund und Feind gleich geachteten Blatt gemacht. Dazu ist sie an ihrem Ehrentag mit zu beglückwünschen. Dem Blatt selbst aber wünschen wir von Herzen weiterhin gute Entwicklung und erfolgreiches Arbeiten im Sinne ihrer großen Aufgabe, Hüterin zu sein über die Geschicke unserer österreichischen Kollegenschaft.

Der „Buchbinder-Zeitung“ unseren Gruß!

\*

## Oesterreich.

Wenn alles nach Lohnabbau schreit, dann dürfen die österreichischen Unternehmer nicht fehlen. Zur Zeit unternehmen diese einen scharfen Vorstoß gegen den Lohn. Sie fordern eine Senkung der Löhne mit sofortiger Wirkung und eine Herabsetzung der übertariflichen Löhne. Außerdem verlangen sie Einführung der Kurzarbeit mit der Drohung, die Regierung zum Entzug der Arbeitslosenunterstützung für die graphische Arbeiterschaft zu veranlassen, wenn sich diese gegen die Kurzarbeit und den damit verbundenen Lohnruck wehren sollte. Der Sinn des Vorgehens der Unternehmer ist, freizukommen von einem vor nicht allzu langer Zeit mit den Gewerkschaften erst neu vereinbarten Vertrag.

\*

## Verbandstag in Belgien.

Der Verband der Bucharbeiter in Belgien (Buchbinder und Lithographen) beruft seinen ordentlichen Verbandstag für den 3. und 4. Juli ein. Als Tagesordnung ist zunächst in Aussicht genommen: 1. Geschäfts- und Kassenberichte. 2. Die Tätigkeit des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes. 3. Wahl der Mitglieder des Verbandsvorstandes und der Revisionskommission.

## Ein Sieg der Vernunft.

Der erste ernsthafteste Vorstoß des Faschismus, in Deutschland auf legalem Wege zur Macht zu kommen, ist abgeschlagen. Rund 87 Proz. der Wähler sind am 13. März zur Wahlurne geeilt, um mit Hilfe des Stimmzettels das zukünftige Schicksal Deutschlands entscheidend zu beeinflussen. 37 660 377 gültige Stimmen wurden insgesamt abgegeben. Hiervon erhielten Hindenburg 18 661 736, Hitler 11 338 571, Thälmann 4 982 079, Duesterberg 2 557 876 Stimmen. Ein Alpdruck ist vom deutschen Volke genommen, die Demagogen des Dritten Reichs werden sich vorläufig nicht auf einen maßgebenden politischen Posten begeben können und der Generalfstab des Dritten Reichs muß seine Siegesplakate einstampfen, weil das deutsche Volk kaltes Blut behielt und die Katastrophe abwendete.

Der Wahlkampf am 13. März fand für die Faschisten Deutschlands unter den denkbar günstigsten Bedingungen statt. Seit Jahren hatten sie Zeit, die deutsche Bevölkerung mit einem Trommelsturm systematischer, verlogener Agitation zu bearbeiten. Trotz dieser struppelosen Wahlagitation waren es nur 30 Proz., die der Fahne des Dritten Reichs folgten.

Die Wahlniederlage der Nationalsozialisten ist nicht zuletzt auf das energische Eingreifen der hinter der Eisernen Front stehenden Arbeiter, Angestellten und Beamten zurückzuführen. Die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft hat eine mustergültige Disziplin geübt. Es war gewiß nicht leicht, den deutschen Arbeitern die Kandidatur Hindenburgs schmackhaft zu machen. Millionen geht es sehr schlecht, Ungähliche sind hoffnungslos geworden. Seit Jahren müssen sie die größten Entbehrungen erdulden. Und dennoch sind sie gemäß den Parolen der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen an die Wahlurne getreten und haben ihre Stimme für Hindenburg abgegeben. Nach kommunistischen Verlautbarungen sollte ein Massenabmarsch der freien Gewerkschafter zu den Kommunisten hin erfolgen. Im Reich sind es ganze 400 000, die die Kandidatur Thälmann mehr auf sich vereinigte, als bei der letzten Reichstagswahl. Man beachte jedoch, daß sich die Wählerzahl inzwischen im ganzen vermehrt hat, die Wahlbeteiligung eine viel größere war, die Erwerbslosigkeit stark stieg und bestimmte Gruppen, wie die EMF., die Parole für die Kandidatur Thäl-

mann ausgegeben haben. Die kommunistisch eingestellten Arbeiter wurden mit der Parole benebelt, daß nicht Hitler und Duesterberg, sondern Braun, Seering, Wels, Leipart und die anderen Gewerkschaftsführer die Feinde der Arbeiterschaft seien. Die deutsche Arbeiterschaft hat ihnen die Quittung für diese Behauptung gegeben.

Ein neuer Wahlkampf ist angebrochen. Da der Kandidatur Hindenburg nur etwa 200 000 Stimmen an der absoluten Majorität gefehlt haben, muß Stichwahl stattfinden, die auf den 10. April festgesetzt worden ist.

Die Wahlen zum Preussischen Landtag sind endgültig auf den 24. April festgesetzt. Damit wird das deutsche Volk noch einmal Wochen hindurch durch das Wahlfieber in Atem gehalten. Die Propheten des Dritten Reichs haben ihre Anhänger aufgedordert, aus der Front der Gegner noch einige Millionen herauszubringen. Noch einmal muß darum die Arbeiterschaft antreten, um auch den letzten Ansturm abzuwehren.

Das arbeitende Volk Deutschlands hat seine Pflicht getan. Nunmehr ist es an der Zeit, daß diese beispiellose Aufopferung der Lohn- und Gehaltsempfänger Erfolg sieht.

Die große Masse des Volkes will Arbeit und Brot! Sie verlangt, daß mit der ungeliebten Deflationspolitik, die sich im Lohn- und Gehaltsabbau zeigt, Schluß gemacht wird. Die Entlastung des Arbeitsmarktes muß mit allen Mitteln betrieben werden. Der außerordentliche Gewerkschaftskongress, der während des Druckes dieser Nummer unserer Zeitung tagen sollte, wird gangbare Wege zeigen, wie die Arbeitsbeschaffung organisiert werden muß. Es muß gelingen, die würgende Arbeitslosigkeit einzudämmen und dem deutschen Volk wieder Hoffnung für die Zukunft zu geben. Zeigen sich auf diesem Gebiete greifbare Resultate, dann wird der nationalsozialistische Spuk bald verfliegen sein. Doch der Ernst der Situation erfordert energisches Handeln. Energisches Zupacken verlangt die Arbeiterschaft aber auch auf politischem Gebiet. Die Deutsche Republik muß sich endlich einmal aufraffen und ihre Sache ihren Feinden gegenüber mit aller Rücksichtslosigkeit verteidigen. Nicht Worte, nur Taten vermögen die Zukunft zu meistern.

## Gegen Absperrmaßnahmen.

Kollege Mertens (Belgien) dessen Tätigkeit schon oft gezeigt hat, daß er nicht nur international zu denken, sondern auch zu handeln versteht, übt in der belgischen Verbandszeitung „Der Bucharbeiter“ unter dem englischen Originaltitel „Kauft englische Waren“ eine vernichtende Kritik an der Tendenz, die Weltwirtschaft immer mehr einzuschnüren, wodurch Handel und Wandel noch mehr ins Stocken geraten und die Arbeitslosigkeit noch größer werden muß. Als Beispiel führt Kollege Mertens folgendes an: Ein englisches Gewerkschaftsblatt, das in großen Lettern verkündet: „Kauft englische Waren“, berichtet in derselben Nummer mit Stolz, daß eine englische Firma durch Vermittlung des Ministeriums einen Riesenauftrag nach — Kopenhagen bekam, und zwar gegen die deutsche Konkurrenz! Kollege Mertens macht mit Recht darauf aufmerksam, daß es natürlich nicht gehen kann, daß jedes Land tüchtig exportiert, aber selbst keine ausländischen Waren hereinnehmen will. Auch in unserem Beruf und in allen anderen Branchen der Papierverarbeitung würde die Arbeitslosigkeit weit geringer sein, wenn der internationale Warenaustausch wieder in Gang gesetzt werden könnte.

## Das Eierische Vermächtnis.

(Schluß.)

Man kann verstehen, daß der Meister, der sein Testament nach seinen eigenen Angaben bei völliger geistiger und körperlicher Gesundheit verfaßt hat und dem es wirtschaftlich bei dem anfänglichen Vermögen nicht schlecht gegangen sein kann, im Nachsatz zum Testament von einer traurigen Laufbahn spricht und einem Schicksal, dem er nicht zu entweichen vermochte. Wir wissen nicht, wann Eierich seine Sophle gekehrt hat, sicher ist aber, daß sie verblüht gewesen ist und damit meint er jedenfalls dieses Schicksal. Bezeichnend ist, daß die im Vermächtnis geforderte Festlichkeit am 19. März, dem Todestage der Frau, stattfinden soll. Wahrscheinlich sind die in harten Latern ausgelegten Legate auch nicht bestimmt gewesen, nach Hause zu Müttern geschickt zu werden, sondern an die nachmittägliche Fester einen gemütlichen Abendstopp anhängen zu können. Anzunehmen ist, daß bereits zu Lebzeiten des Meisters im vertrauten Innungskreise dieser Tag festlich begangen und Zerstreung gesucht wurde von einer bis zum Tode der Frau getragenen Last, die als unabwendbares Schicksal empfunden wurde.

Unter den zahlreichen Leipziger Stiftungen und Vermächtnissen nimmt das Eierische eine Sonder-

Stellung ein, indem es im Interesse eines bestimmten Handwerks und dann auch noch in der Hauptfrage zu einem Fideleitas Verwendung finden sollte, während es sonst üblich war, Kirchen, Schulen, Krankenhäuser oder sonst der allgemeinen Wohltätigkeit dienende öffentliche Einrichtungen zu beschenken, falls man nicht seinen Angehörigen oder sonstigen Erben das Vermögen hinterlassen, dafür aber der Nachwelt den Namen eines Wohltäters zu ewigem Gedenten erhalten wissen wollte. Hierfür war mehr daran gelegen, seinen Innungsmeistern und Gesellen jährlich eine Festivität zu ermöglichen, auf diese Weise seinen Namen im Handwerkstreife für möglichst lange Zeit zu erhalten. Ein volles Jahrhundert ist denn auch im Buchbinderberuf Leipzigs hierfür durch die Feier seines Vermächtnisses in Erinnerung geblieben, bis dann infolge der Inflation das Vermögen verloren ging und damit die Stiftung und auch der Name der Vergangenheit anheim fiel.

War der auf die Gesellschaft entfallende Anteil am Vermächtnis nicht groß, es mögen ebensoviel Mark gewesen sein, als es Taler sein sollten — zu einigen Faß Freibier für einige Stunden frohen Beisammenseins im fideleiten Kollegenkreise reichte es gerade aus. Die ältesten der Kollegen wollten in ihren Jugendjahren wiederum von alten Gesellen gehört haben, daß es in deren Jugend beim Biertrinken hoch hergegangen sei. Zum Freibier habe es nicht nur genügend Zigarren, sondern als ständiges Essen auch Bratwurst mit Sauerkraut gegeben. Mit der fortschreitenden Industrialisierung auch im Buchbindergewerbe stieg die Zahl der Berufsangehörigen, und der auf den einzelnen entfallende Teil am Vermächtnis wurde immer kleiner, so daß die größte Zahl der Gesellen an der Feier nicht mehr teilnahm. In späteren Jahren, in denen durch die fortschreitende technische Entwicklung und Einleiten von Frauen ein dauernder Stamm von Arbeitslosen im Gewerbe vorhanden war, überließ man es in der Hauptfrage diesen, sich zur Feier einige frohe Stunden zu bereiten.

Zur festgesetzten Zeit, am frühen Nachmittag des 19. März, fanden sich dann die Teilnehmer im Verkehrslokal ein und warteten des Augenblicks, an dem das Bier zum Verzehr freigegeben wurde. Kurz vor 5 Uhr erschien der Gesellenvater mit seinen beiden Besitzern, um bestimmungsgemäß das Testament zur Verlesung zu bringen. Angetan mit schwarzem Rock und ebensolcher Binde gaben die drei Herren der Feier den weihewollen Anstrich. Ein Stück alter Innungsgeschichte mag manchem der andächtig Zuhörenden beim Verlesen des Testaments ins Gedächtnis zurückgerufen worden sein, manch einer mag gewünscht haben, einen Blick in die geheimnisvolle offene Lade mit ihren Schätzen werfen zu können, die noch jener Zeit entstammt, da die Buchbindermeister zum Zeichen ihrer Würde Degen tragen durften. Aber nicht lange blieb Zeit zum Sinnen über vergangene Zeiten und Junftgeräusche. Kaum war die Verlesung des Testaments beendet, als der Hahn durch das erste Faß laute und hilfsbereite Hände die vollen Gläser unter die sehnlichst Wartenden verteilte, damit den Aufsatze gebend zu jener fröhlichen Stimmung, die im Sinne des Stifters lag und die die Feier auch stets beherrscht hat. Bei Musik, Kartenspielen, Vorträgen und frohen Gesängen, nicht zu vergessen des heftigen Diskutierens, wobei auch Bier und seine Stiftung entsprechend gewürdigt wurde, und auch die Schmalzkerbullen recht oft kreisten, wurde im Akkord getrunken. Kam dann am Abend die Arbeitsgesellen — bekanntlich wurde vorm Krieg in Leipzig in der Regel bis 6½ Uhr abends gearbeitet —, dann war vom Bier nicht mehr viel übrig. Es stellte dann der Gesellenausschuß das auf diesen entfallende Legat zur Verfügung, um ein kleines Faß für diese Kollegen extra zu stiften. Waren die Fässer geleert, dann verblühte einer nach dem andern, mitunter in recht gehobener Stimmung. Ein kleiner Rest, meist solcher Kollegen, die sich oft das einzige Mal im Jahre an diesem Tage trafen, hatten sich natürlich sehr viel zu erzählen und nutzten die Gelegenheit, auch einmal über den Zapfen hauen zu dürfen, weiblich aus.

Die letzte Feier des Vermächtnisses fällt in jene trüben Tage des Jahres 1920, als es eine wohlorganisierte Offizierskamarilla verstand, die damalige Regierung Geert-Bauer zur Flucht zu zwingen und unter der Führung Kapp-Bittlich eine neue Re-

gierung unter dem 13. März auszurufen mit dem zunächst noch nicht offenen Ziele der Wiederaufrichtung der Monarchie. Obwohl dieses wahnwichtige Unternehmen an dem entschlossenen Kampfwillen der Arbeiterschaft durch den unmittelbar einsetzenden allgemein durchgeführten Generalstreik nach wenigen Tagen jämmerlich zusammenbrach und die Hauptakteure am 18. März in schleuniger Flucht nach dem Ausland ihr Heil suchten, entbrannten in vielen Orten des Reichs schwere Kämpfe der schnell gebildeten Arbeiterwehren mit den angeblich verfassungstreuen Reichwehrruppen. Auch in Leipzig tobten scharfe Kämpfe Am Nachmittag des 19. März, als eben über einen abzuschließenden Waffenstillstand zur Beendigung der Kämpfe verhandelt wurde, schoß die verrückt gewordene Soldateska das stolze Heim der Arbeiterschaft, das Volkshaus, in Brand. Angeblich, weil dort gefangene Reichwehrsoldaten in bestialischer Weise mißhandelt worden seien, worüber aber niemals der Beweis erbracht werden konnte.

Die am gleichen Tage stattfindende Feier des Vermächtnisses stand unter dem Zeichen der traurigen Ereignisse. Nur ein kleiner Teil Kollegen war erschienen, die Innung war nicht vertreten. Es war aber auch lebensgefährlich, da die Zugangsstraßen zum Verkehrslokal, in dem auch die Arbeiterwehr ihren Sitz hatte, unter dem Feuer des Militärs und ihrer Verbündeten, der Zeitfreiwilligen lagen. Eine frohe Stimmung wie in früheren Jahren konnte bei dieser letzten Feier nicht aufkommen. Die Tragik des Tages und der letzten Zeit lastete auf den Teilnehmern. Die Stiftung war übrigens durch die einsetzende Inflation stark zusammengeschrumpft und so war das auf die Gesellen entfallende Legat in kürzester Zeit ausgezehrt. Man trennte sich in den frühen Abendstunden, ohne zu ahnen, daß an diesem Abend das hierische Vermächtnis zu Grabe getragen wurde. Der rasende Verfall der Währung zehrte auch diese Stiftung auf.

So entschlief das in wildbewegter Zeit geborene hierische Vermächtnis in ebenso unruhiger Zeit, nachdem es den Namen des Meisters über 100 Jahre im Beruf lebendig erhielt: Ein Opfer der Inflation.

W.-Leipzig.

## Berichte.

**Bremen.** Der Graphische Bund, Ortsgruppe Bremen, sendet uns nachstehenden Bericht über seine Arbeit im vergangenen Jahr.

Die Tätigkeit des Graphischen Bundes wurde durch die immerfort steigende Krise, die ihren Höhepunkt bisher noch nicht erreicht zu haben scheint, auch im Jahre 1931 im wesentlichen bestimmt. Betrug zu Anfang des Jahres die Arbeitslosigkeit in den graphischen Verbänden etwa 25 Proz., dann stieg sie am Ende des Jahres auf über 50 Proz., damit eine Zahl erreicht, wie sie die Verbände in der Geschichte der Hilfswirtschaften noch nicht erlebt haben. Neben der schlechten Beschäftigungsmöglichkeit nahm auch die Zahl der Kurzarbeiter in allen Verbänden rapide zu. Daß durch diese Tatsachen die Organisationen auch in der Finanzgebarung zu leiden hatten, ergibt sich selber von selbst. Trotz alledem war das Zusammenarbeiten im Graphischen Bund auch im verkümmerten Jahr ein gutes und konnten mehr oder weniger durch Verhandlungen desselben einige Vorteile für die Kolleginnen und Kollegen erreicht oder geplante Verschlechterungen abgewehrt werden.

Neben allgemein bildenden Vorträgen und Vorführungen in Versammlungen erledigte der Vorstand in seinen monatlich stattfindenden Sitzungen alle vor kommenden Fragen und Beschwerden, unter denen besonders die ausartende Schmutzkonturrenz der Strafanstalt in Osteshausen hervorzuheben nötig ist. Die einlaufenden Klagen über die Vergebung von Buchbinderarbeiten nach der Strafanstalt veranlaßten den Vorstand, die Einberufung des Sachausschusses für das graphische Gewerbe in der Arbeiterkammer zu fordern, um in diesem zu den Vorkommnissen Stellung zu nehmen. Der hier einstimmig gefaßte Beschluß, für Änderung dieses Zustandes zu sorgen, kam durch eine Eingabe der Arbeiterkammer an die hierfür zuständige Senatskommission zum Ausdruck. Diese bisher unbeantwortete Eingabe wurde, da eine Änderung der Zustände nicht eintrat, sondern diese noch verschlimmert wurden, über den Zentralvorstand der Buchbinder dem Reichsjustizministerium mit einer neuen Eingabe zugestellt, das dem Bremer Senat erneut die Prüfung dieser Angelegenheit anfragte. Hoffentlich wird der Bremer Senat sich bald mit dieser Frage befassen, da die in der Strafanstalt hergestellten Arbeiten einen noch größeren Umfang angenommen haben. Der Vorstand des Graphischen

Bundes wird nichts unversucht lassen, um dafür einzutreten, daß durch die Herstellung der Buchbinderarbeiten bei bremischen Firmen eine bessere Beschäftigungsmöglichkeit Platz greift.

Zus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Betriebsrätegesetzes referierte in einer Versammlung am 4. März Genosse Ziegler über „Betriebsrätegesetz und Betriebsrätewahlen“. Alle hiermit zusammenhängenden Fragen wurden in dieser Versammlung eindrucksvoll vom Referenten behandelt. Am 19. März fand ein Filmabend statt, an dem der Arbeiterweltreisende Genosse Handrud (Dresden) über „Erfahrungen mit der Kamera in Australien und Neuseeland“ berichtete und hierbei besonders die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesen Ländern besprach. Die Deutsche Buchdruckerberufsgenossenschaft veranstaltete ebenfalls unter Leitung des Graphischen Bundes für die im graphischen Gewerbe tätigen Arbeiterinnen und Arbeiter einen Filmabend, der eine gute Beteiligung aufwies. Neben einigen anderen Filmen wurde hier der Film „Mensch und Maschine“ vorgeführt, in dem alle Gefahren gezeigt wurden, die den Beschäftigten drohen, wenn sie die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen außer acht lassen. Der Chefredakteur der „Bremer Volkszeitung“, Alfred Faust, behandelte in einer gutbesuchten allgemeinen Versammlung am 24. September das Kapitel „Wirtschaftsführer“, in dem er alle hiermit in Verbindung stehenden Bankenzusammenbrüche und den Zusammenbruch der Nordwolke schilderte. Wie solche Vorkommnisse sich für die Arbeiterschaft auswirken, kam in diesem Referat eindeutig zum Ausdruck. Ueber „Die sozialpolitischen Auswirkungen der neuen Rotverordnung“ sprach ebenfalls in einer allgemeinen Versammlung Arbeitersekretär Kollege Schneider. Hier wurden alle Verschlechterungen, die die Rotverordnung mit sich brachte, den Kolleginnen und Kollegen klar vor Augen geführt. Daß alle Veranstaltungen des Graphischen Bundes in Zukunft noch besser besucht werden als bisher, dafür mögen die Kolleginnen und Kollegen Sorge tragen.

Den Vorstand bildeten auch für das Jahr 1931 die Kollegen: Böttcher, Seher, 1. Vorsitzender; Drögemüller, Buchbinder, 2. Vorsitzender; Meyer, Steinbrücker, Kassierer; Bünjer, Hilfsarbeiter, Schriftführer; Gehke, Drucker, Bekliker. Durch die Vertretung des 1. Vorsitzenden im DGB-Vorstand wurde auch hier die Verbindung mit den übrigen Gewerkschaften aufrechterhalten. Ebenfalls wurde durch Teilnahme an den Betriebsversammlungen die Agitation auch in diesem Jahre fortgesetzt. — Wie schon am Ende des Jahresberichts 1930 betont wurde, kann nur der Wunsch, daß eine Besserung der Verhältnisse im allgemeinen recht bald Platz greifen möge, auch in diesem Jahre wiederholt werden, um auch für die graphische Arbeiterschaft eine günstigere Beschäftigungsmöglichkeit sicherzustellen.

## Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Berichtskarten zur Arbeitslosenstatistik sind in dieser Woche an alle Kassierer der Zahlstellen und Gaus versandt worden, desgleichen die übliche Anzahl der Konjunkturberichtsarten für die Betriebsberichterstattung. Wir bitten wiederum, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß die Karten spätestens am 3. April in unserem Besitz sind.

Weiterhin flogen der Sendung die Berichtskarten zur Ueberstundenstatistik bei. Obwohl diese Erhebung in der gegenwärtigen Zeit an Bedeutung verloren hat, bitten wir doch, auch diese Karten mit derselben Gewissenhaftigkeit auszufüllen und zu dem gleichen Termin uns einzuliefern.

Der Verbandsvorstand.

## Inhaltsverzeichnis.

Gefunde Opferwilligkeit!  
Der außerordentliche Gewerkschaftstongress verschoben!  
Was wird mit der Arbeiterversicherung?  
Paul Umbreit f.  
Lacifreit im Buchdruck.  
Internationales: Sublium des österreichischen Verbandsblattes. — Oesterreich. — Verbandstag in Belgien. — Gegen Abwehrmaßnahmen.  
Ein Sieg der Verunft.  
Das hierische Vermächtnis. (Schluß.)  
Berichte: Bremen.  
Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: Arbeitslosenstatistik.